



Wichard Woyke (Hrsg.)
**Handwörterbuch
Internationale Politik**



Bundeszentrale für politische Bildung

Wichard Woyke (Hrsg.)
Handwörterbuch Internationale Politik

Schriftenreihe Band 1126

Wichard Woyke (Hrsg.)

Handwörterbuch Internationale Politik

12., überarbeitete und aktualisierte Auflage

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Bonn 2011

Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn

© 2011 Verlag Barbara Budrich, Opladen & Farmington Hills, MI

Umschlaggestaltung: Michael Rechl, Kassel
Umschlagabbildung: © ullstein bild – Reuters

Satz: Beate Glaubitz Redaktion und Satz, Leverkusen
Druck: Friedrich Pustet KG, Regensburg

ISBN 978-3-8389-0126-8

www.bpb.de

Inhalt

Vorwort zur 11. Auflage	VII
Einleitung	IX
Verzeichnis der wichtigsten im Text verwendeten Abkürzungen	XXV
Außenpolitik	1
Außenpolitischer Entscheidungsprozess	7
Balkankonflikt	13
Befreiungsbewegungen	35
Bevölkerungsentwicklung/-politik	42
Demokratisierungs- und Stabilisierungspolitik	55
Deutsche Wiedervereinigung	67
Diplomatie	77
Entkolonialisierung	82
Entspannungspolitik	89
Entwicklungspolitik/-hilfe	100
Europäische Sicherheitsstruktur	111
Europäische Union	124
Europäische Union als internationaler Akteur	154
Globale Probleme und Weltöffentlichkeit	168
Globalisierung	176
Internationale Energiepolitik	186
Internationale Handelspolitik	197
Internationale Kommunikation	208
Internationale Organisationen	212
Internationale Sicherheit	219
Internationale Strafgerichtsbarkeit	226
Internationale Verschuldungskrise	240
Internationale Währungspolitik	247
Internationaler Terrorismus	259

VI	Inhalt
Intervention	271
Islam und internationale Politik	278
Kooperationstheorien	287
Krieg und Frieden	302
Macht	324
Menschenrechte	338
Migration	348
Militärbündnisse	356
Militärpolitik/Sicherheitspolitik	365
Militärstrategie	377
Nahostkonflikt	387
NATO	399
Nord-Süd-Konflikt	410
Ost-West-Konflikt	420
Parteien und Internationale Politik	430
Prägende Konflikte nach dem Zweiten Weltkrieg	434
Profleration von Massenvernichtungswaffen und Trägerminen	445
Regionalisierung/Regionalismus	464
Rüstungskontrolle	473
Souveränität	484
Theorien der Internationalen Beziehungen	490
Theorien internationaler Verflechtung und Integration	520
Transatlantische Beziehungen	537
Vereinte Nationen	545
Völkerrecht/Internationales Recht	557
Weltbank(gruppe)	565
Weltreligionen und Weltpolitik	571
Weltumweltpolitik	578
Weltwirtschaftssystem	588
WTO/GATT (Welthandelsorganisation)	598
Kommentierte Auswahlbibliographie zur internationalen Politik	607
Chronik wichtiger Ereignisse der internationalen Politik seit 1945	623
Autorenverzeichnis	677
Sachregister	680

Parteien und Internationale Politik

1. Grundproblem – Obwohl sich Parteien traditionell mit außenpolitischen wie internationalen Fragen befassen, besitzen sie in der internationalen Politik einen grundsätzlich geringeren Stellenwert als z.B. in der Beeinflussung nationaler Wirtschafts-, Innen- und Gesellschaftspolitik. Die Ursache liegt in erster Linie darin, dass internationale Politik vor allem von gouvernementalen Akteuren (Nationalstaaten, multi-, supra- und → internationale Organisationen) bestimmt wird und diese aufgrund der historischen Entwicklung in der Regel mit Erfolg ihre → Außenpolitik dem Einfluss von Parteien, Parlamenten und kritischer Öffentlichkeit entzogen haben (→ Außenpolitischer Entscheidungsprozess). So kann gerade der europäische Integrationsprozess auch als ein politischer Einflussverlust der traditionellen Parteien verstanden werden, weil die nationalen Parteien bislang nicht zu einer wirksamen Europäisierung bereit waren bzw. die europäischen Parteien mehr Konföderations- als Integrationscharakter besitzen. Hinzu kommt, dass die klassischen Machterwerbs- und Machterhaltstrategien von Parteien in erster Linie auf Klientele innerhalb des eigenen Staates abstellen – Wahlentscheidungen erfolgen in der Regel weniger nach außenpolitischen und internationalen sondern nach „innen“- , wirtschafts- und sozialpolitischen Überlegungen. Das geringe „machtpolitische“ Gewicht internationaler Probleme, die hohe Komplexität internationaler Politik und die spezifischen Handlungsanforderungen multinationalaler bzw. internationaler → Diplomatie stellen Parteien, die neu in Regierungsverantwortung gelangen, nicht nur vor ein meist erhebliches Kompetenzproblem, sondern führen in der internationalen Arbeit der betreffenden Partei auch häufig zu einer Gouvernentalisierung, d.h. der weitgehenden Identifikation der Partei mit dem „nationalen Interesse“, was durch die zunehmende Medienattraktivität symbolischer internationaler Politik (Staatsbesuche) noch verstärkt wird. Trotz der spezifischen Massenintegrations- und -mobilisierungsfunktion klassischer Parteien sind diese, wenn es um außenpolitische wie internationale Probleme geht, eher „nationalstaatstreu“, nehmen auf die Formulierung dieser Politik nur in Ausnahmefällen Einfluss und verzichten in der Regel auf aktiven Einbezug von Mitgliedschaft und Wählerpotenzial. Selbst dort, wo innerhalb einer Partei in diesem Bereich Professionalität und Kompetenz entsteht, spielt dies in der jeweiligen Gesamtstrategie wie auch in der Machthierarchie nur eine marginale Rolle.

2. Parteien in der außenpolitischen Praxis – Trotz dieser allgemein geringen Relevanz hat es spezifische Konstellationen gegeben, die Parteien einen stärkeren Einfluss auf Politik erlaubt haben. Dies war in der Regel aber mehr vorübergehender als dauerhafter Natur.

So hatte die internationale Arbeit der KPdSU für die in den Jahren nach der Oktoberrevolution gouvernemental schwache UdSSR einen hohen Stellenwert. Mit Hilfe der Kommunistischen Internationale erlaubte sie eine kosten-nutzen-

günstige *Ergänzung* sowjetischer Außenpolitik, die auf dem hohen symbolischen wie praktischen Stellenwert der Forderung nach „internationaler Solidarität“ im Klassenkampfkonzept der KPs beruhte. Die „Verstaatlichung“ der internationalen Aktivitäten der KPdSU, d.h. deren Parteien und Internationale Politik der Unterordnung unter die spezifischen außenpolitischen Interessen und Strategien der UdSSR führte zwangsläufig zum Ende der internationalen kommunistischen Bewegung als bewusst „über“-staatliche Vertreterin von Grundwerten und Handlungsmaximen.

In der Geschichte der bundesrepublikanischen Ostpolitik finden sich zwei weitere Konstellationen, in der die internationale Arbeit der Partei die staatliche Außenpolitik direkt beeinflusst hatte. SPD und FDP hatten in der Opposition in den 60er Jahren Grundkonzepte einer neuen Ostpolitik entwickelt. Nach ihrem Machtantritt (1969) gewannen sie aber den Eindruck, dass der Regierungsapparat diese Vorstellungen, wenn überhaupt, nur zögernd übernahm und politisch umsetzte. Um zu raschen Erfolgen zu kommen, umging man mit Hilfe der Partei (Parteidelegationen, Sonderemissäre) die Administration von Auswärtigem Amt und Kanzleramt. Dieses *Überspielen* staatlicher Außenpolitik dauerte aber nur solange, bis durch entsprechende organisatorische bzw. personalpolitische Maßnahmen das Loyalitätsproblem gelöst schien. Da aber die SPD ihre dann regierungsbegleitende Zusammenarbeit mit der KPdSU und anderen osteuropäischen Parteien nicht einstellte sondern fortsetzte und ausbaute, waren damit die Voraussetzungen für die als „Nebenaußenpolitik“ kritisierten Aktivitäten der SPD-Opposition gegen die Regierung *Kohl-Genscher* in den 80er Jahren gegeben. Prominente Beispiele dieser Parteipolitik waren das SPD-SED-Papier zur Schaffung einer chemiewaffenfreien Zone bzw. einem nuklearwaffenfreien Korridor wie auch die Vereinbarung mit der SED über politische Streitkultur.

3. Parteistiftungen und ihre Bedeutung für die internationale Arbeit von Parteien – Eine deutsche Besonderheit, die inzwischen in anderen Ländern (Frankreich, Türkei, Indien) Nachahmung gefunden hat, ist die internationale Arbeit der politischen Stiftungen (Friedrich-Ebert-Stiftung; Konrad-Adenauer-Stiftung; Hanns-Seidel-Stiftung; Friedrich-Naumann-Stiftung; Heinrich-Böll-Stiftung; Rosa-Luxemburg-Stiftung), die im Rahmen der jeweiligen Stiftungsarbeit einen hohen Stellenwert einnimmt. Formal unabhängig von den Parteien aber real eng mit ihnen kooperierend haben diese Stiftungen – insbesondere FES und KAS – eine weltweite internationale Tätigkeit entfaltet, die von der Einrichtung von Repräsentanten, Herausgabe eigener Zeitschriften, Unterhaltung von Bildungseinrichtungen in der Dritten Welt, eigenen Entwicklungshilfsprojekten bis hin zu konkreter Unterstützung von demokratischen Parteien oder politischen Projekten geht. Dabei sind insbesondere bei Demokratisierungs- und Regionalisierungsprozessen im Mittelmeerraum (Portugal, Spanien), in Osteuropa und in der Dritten Welt Erfolge erzielt worden. Trotz aller Nähe dieser Stiftungen zu den jeweiligen Parteien sind diese Stiftungen jedoch weder formal noch real ein Teil der jeweiligen internationalen Parteiarbeit;

dort, wo aber eine Zusammenarbeit erfolgt, hilft dies der jeweiligen Partei in materieller wie personeller Hinsicht erheblich.

4. *Internationale und regionale Parteiföderation* – Parteien-„Internationale“, d.h. Parteienföderation unter ausdrücklicher Wahrung der Selbständigkeit der Mitgliedsparteien, haben eine Tradition, die bis ins 19. Jh. zurückreicht (Sozialistische Internationale). Heute verfügen alle großen Parteienfamilien über eine Internationale (SI, LI, CDI, IDU). Es war vor allem die SI, die aufgrund von Mitgliedschaft, *Know-how* und politischem Einfluss in den 70er wie 80er Jahren eine wichtige Rolle spielte (Demokratisierung in Lateinamerika, Nahost-Friedensprozess (→ Nahostkonflikt), Neue Weltordnung, → Menschenrechte) und gerade dort, wo Mitgliedsparteien Regierungsmacht besaßen, gouvernementale Politik vorkonzipierte, vorab klärte und harmonisierte. Diese Rolle als Wegbereiter darf aber nicht überschätzt werden; mangelnder innerorganisatorischer Konsens bzw. politische Kohäsion und Führungsschwächen schränkten in wichtigen Fragen (Nord-Süd-Kompromiss, Abrüstung) die Handlungsfähigkeit erheblich ein. Dabei wurde die bereits in der Debatte über den Ausbruch des deutsch-französischen Krieges 1870 bzw. des Ersten Weltkrieges 1914 deutlich gewordene Solidarität und Identifikation mit nationalstaatlichen Machtinteressen, immer wieder deutlich. Seit Ende der 80er Jahre spielen die Internationalen keine wesentliche Rolle mehr.

So wie auch die Internationalen in erster Linie von den europäischen Parteien geprägt sind, sind es bei der regionalen Parteienkooperation, die in loser Form in Lateinamerika (COPPPAL, SICLAC) und in sporadischen Ansätzen im asiatischen Raum vorliegt, auch die Europäer, die hier am weitesten fortgeschritten sind.

Im Zusammenhang mit dem westeuropäischen Integrationsprozess sind aus Anlass der ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament 1979 EG-Parteienkonföderationen gegründet worden. Sozialdemokraten und Sozialisten (SPE) zeichneten sich durch breite Mitgliedschaft, Einbindung in die SI und frühzeitigen Einbezug von Parteien aus späteren Beitrittsländern (Österreich, Schweden) aus. Im Mitte-Rechts-Spektrum behinderte lange Zeit die politisch-organisatorische Trennung von Christdemokraten (EVP) und Konservativen (EDU) eine kohärente europaweite Politik. Die Liberalen vereinigten sich 1986 mit anderen kleineren Parteien zur ELDR. Die Kommunisten waren aufgrund tiefgreifender Konflikte in Sachen Eurokommunismus zu einer organisierten Zusammenarbeit nicht in der Lage; die Grünen haben 2004 einen europäischen Parteienverbund mit eigenem Programm gegründet.

5. *Perspektive „Europaparteien“* – Obwohl die europäischen Parteiföderationen nach ihrer Gründung dieselben Widersprüche und Dilemmata wie die jeweiligen Internationalen aufweisen, haben sie aus idealtypischer Sicht für europäische wie internationale Politik eine strukturelle Bedeutung entwickelt, die nicht nur weit über die der jeweiligen Internationalen hinausgeht, sondern per-

spektivisch auch die Rolle von Parteien für die Beteiligung an europäischer Politik und darüber hinaus grundlegend ändern kann. Dabei hat die Überführung der Parteiföderationen in „Europaparteien“ in den 90er Jahren trotz deren Defizite und weitgehender Abhängigkeit von den jeweiligen Fraktionen eine wichtige Rolle gespielt. Dies liegt

- erstens daran, dass diese Europaparteien im Europäischen Parlament bzw. der jeweiligen Fraktion einen supranationalen Adressaten, Handlungsträger und materielle Unterstützer haben, der zu einer Europäisierung führt,
- zweitens setzt sich auch in den traditionell nationalstaatlich orientierten Parteien zunehmend die Erkenntnis durch, dass für weitere Integrations-schritte bzw. zum Aufbau einer → Europäischen Union eine Stärkung des Europäischen Parlamentes und damit auch eine Aufwertung der Europa-parteien sinnvoll und notwendig ist.

In diesem Zusammenhang ist die Bildung von Europaparteien, die Liberalen und dann die anderen großen Parteien, deshalb von Bedeutung, weil dadurch die für die alten Konföderationen und Internationalen noch bestehende „Souveränität“ der Mitgliedsparteien mit den davon ausgehenden Handlungsbeschränkungen (Konsensprinzip, Nichteinmischungsprinzip) ansatzweise aufgehoben wird. Ob und wie sich diese Entwicklungen fortsetzen, bleibt abzuwarten und hängt wesentlich von der Bereitschaft der jeweiligen Parteien ab, nicht nur Programmatik, sondern auch Kandidatenaufstellung, Organisation, Finanzen und politische Entscheidungsmacht zu europäisieren. Diese aus dem allgemeinen Integrationsprozess bekannte Problematik muss aber auch vor dem Hintergrund gesehen werden, dass im Rahmen von Unionisierung und Vergemeinschaftung der Außenpolitiken nicht nur das Europäische Parlament gestärkt werden kann, sondern dass dabei auch eine strukturelle Reform des außenpolitischen Entscheidungsprozesses der Union erfolgen kann, der die Parteien bzw. die entsprechenden Europaparteien aktiver als bisher und im Sinne traditioneller europäischer Demokratiemodelle miteinbezieht.

Ergänzende Beiträge

Außenpolitischer Entscheidungsprozess; Diplomatie

Literatur

- Gaffney, John* (Hrsg.): *Political Parties and the European Union*, London 1995.
Gresch, Norbert: *Transnationale Parteienzusammenarbeit in der EG*, Baden-Baden 1978.
Portelli, Hugues (Hrsg.): *L'Internationale Socialiste*, Paris 1983.
Raschke, Joachim (Hrsg.): *Die politischen Parteien in Westeuropa*, Reinbek 1978.

Seidelmann, Reimund: Die Sozialistische Internationale als Parteienbewegung und Wegbereiter, in: Europa Archiv, 21/1981, S. 659-668.

Telo, Mario/Magnette, Paul (Hrsg.): Repenser l'Europe, Brüssel 1996.

Telo, Marion (Hrsg.): Démocratie et construction Européenne, Brüssel 1995.

Reimund Seidelmann

Prägende Konflikte nach dem Zweiten Weltkrieg

1. *Einleitung* – Vierzig Jahre lang war der → Ost-West-Konflikt der das internationale System prägende strukturelle Weltkonflikt. Er bestimmte weitgehend die Gruppierung der Staaten im internationalen System. Es handelte sich um einen antagonistischen ideologischen und ordnungspolitischen Machtkonflikt, der vornehmlich durch die beiden Blöcke → NATO und Warschauer Pakt (→ Militärbündnisse) ausgetragen wurde. In seinem Schatten entstanden zahlreiche internationale Konflikte, Kriege und Krisen, die auch Auswirkungen auf die Entwicklung des internationalen Systems hatten. Im Wesentlichen handelte es sich dabei um die Berlin-Krise, den Korea-Krieg, den Ungarn-Aufstand, den Suez-Konflikt, die Kuba-Krise, die CSSR-Intervention, den Vietnamkrieg, den Afghanistan-Krieg und die Golfkriege.

2. *Berlin-Krise* – Fast drei Jahrzehnte war Berlin der Hauptkrisenpunkt des Ost-West-Konflikts. In den Londoner Protokollen vom 12.9.1944 wurde Berlin, getrennt von den drei Besatzungszonen, als besonderes, den Siegermächten gemeinsam unterstelltes Gebiet bezeichnet. Durch die Änderung des Londoner Protokolls vom 26.7.1945 erhielt Frankreich eine eigene Besatzungszone und Berlin einen Vier-Mächte-Status, d.h., es wurde in vier Sektoren aufgeteilt, aber gemeinsam von einem Kontrollorgan, dem Kontroll-Rat, verwaltet. Zur Organisation der Verwaltung wurde eine dem Kontrollrat rechenschaftspflichtige Kommandantur errichtet. Nach der Zusammenlegung der britischen und der amerikanischen Besatzungszone zur Bizone 1947 und ihrer Einbeziehung in den Marshallplan sowie der zunehmenden Staatswerdung der Westzonen verließ die Sowjetunion im März 1948 den Kontrollrat. Im Juni 1948 folgte der Auszug aus der Kommandantur. Die Einführung der westdeutschen Währungsreform in den Westsektoren Berlins war der Anlass für die UdSSR, die Sperrung der Land- und Wasserwege am 24.6.1948 vorzunehmen. *Stalins* Ziel war es, mit Hilfe der Blockade den Vier-Mächte-Status auszuhebeln und West-Berlin der Sowjetischen Besatzungszone(SBZ) zuzuschlagen. Jedoch erfolgte eine kaum für möglich gehaltene Solidarität der westlichen Besatzungsmächte mit den Berlinern, als eine Luftbrücke zwischen den westlichen Besatzungszonen und Berlin eingerichtet und die Bevölkerung aus der Luft mit allen Gütern versorgt wurde. Die Besatzer wurden nun zu Beschützern. Nach Geheimverhandlungen mit den drei Westmächten und der Er-